

«Grenzgängerfrage ist entscheidend»

Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative stellt Liechtenstein vor neue Herausforderungen. Wie Regierungschef-Stellvertreter **Thomas Zwiefelhofer** betont, ist Liechtenstein auf Arbeitskräfte aus dem EWR/EU-Raum, die in der Schweiz wohnen und im Land arbeiten, angewiesen.

GÜNTHER FRITZ

Herr Regierungschef-Stellvertreter, der Bundesrat hat sich auf eine konsequente und strikte Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative festgelegt. Wie schätzen sie diesen Entscheid ein?

Thomas Zwiefelhofer: Der Bundesrat hat sich offensichtlich konsequent am Text der Verfassung orientiert, wie ihn die SVP-Initiative vorgeschlagen hat und den das Stimmvolk am 9. Februar knapp angenommen hat. Der Bundesrat respektiert mit diesem Vorgehen den Volksentscheid. Ob er damit

Ob der Bundesrat damit eine andere Taktik verfolgt, ist Spekulation.

im Hintergrund eine andere Taktik verfolgt, ist Spekulation. Manche Medien vermuten, dass man mit dieser Vorgehensweise einige Fragen zuspitzen wolle, was dann einen neuen, wirtschaftsfreundlicheren Volksentscheid provozieren soll.

Was bedeutet dieser Schritt des Bundesrates für Liechtenstein?

Thomas Zwiefelhofer: Liechtenstein ist auf eine gute regionale Zusammenarbeit angewiesen, unser Binnenarbeitsmarkt ist viel zu klein für die starke liechtensteinische Wirtschaft. Mittlerweile werden mit knapp 19 000 Grenzgängern mehr liechtensteinische Arbeitsplätze von Grenzgängern besetzt, als von in Liechtenstein niedergelassenen Arbeitnehmern. Das zeigt: das Arbeitsplatzwachstum in Liechtenstein wird vor allem mit Grenzgängern gedeckt. Entscheidend für Liechtenstein bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ist also die Frage der Grenzgänger, aber in

einem umgekehrten Sinn, wie es die meisten Schweizer verstehen. Unser Problem wäre vor allem eine übermässig starke Beschränkung der Niederlassungsmöglichkeit für EWR/EU-Staatsangehörige auf Schweizer Gebiet mit dem Status «Nicht-erwerbstätig», also Zuzüger in die Region Rheintal mit Wohnort Schweiz und Arbeitsort Liechtenstein. Aber auch die Einschränkung des Kontingents der erwerbstätigen EWR/EU-Bürger in der Schweiz würde uns indirekt treffen, da auch dieser Pool an Arbeitskräften für Liechtenstein bedeutsam ist.

Warum wären diese Einschränkungen ein Problem?

Thomas Zwiefelhofer: Wenn ich mir die angekündigten Wachstumsprognosen der grösseren liechtensteinischen Arbeitgeber ansehe, dann werden wir diesen Zuwachs an Arbeitsplätzen weder mit Inländern noch mit unseren eigenen Zuwanderungskontingenten abdecken können. Die Ansiedlung dieser Arbeitskräfte in Vorarlberg oder Süddeutschland ist eine Variante, ist aber laut Arbeitgebern weniger attraktiv.

Welche Lösungsansätze gibt es?

Thomas Zwiefelhofer: Zentral wird eine Absprache mit den Schweizer Nachbarkantonen, vor allem mit dem Kanton St. Gallen sein. Denn der Bundesrat hat letzte Woche auch entschieden, dass die konkrete Festlegung von Kontingenten und das Detailregime den Kantonen überlassen bleiben soll.

Gibt es schon Kontakte mit den Schweizer Kantonen?

Thomas Zwiefelhofer: Wir pflegen in vielen Fragen einen regelmässigen Austausch mit unseren Schweizer Nachbarn, insbesondere mit St. Gallen haben wir viele Berührungspunkte. Betreffend die



Bild: Daniel Schwendener

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer: «Das Arbeitsplatzwachstum in Liechtenstein wird vor allem mit Grenzgängern gedeckt.»

Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative stehen wir bereits in Kontakt mit dem Kanton

Wir stehen bereits in Kontakt mit dem Kanton St. Gallen.

St. Gallen, der diesbezüglich die grösste Bedeutung für uns hat. Es werden in Kürze vertiefte Gespräche stattfinden, wo wir versuchen wollen, einen guten, für beide Seiten akzeptablen Lösungsvorschlag zu finden. Auch mit Graubünden werden wir uns absprechen müssen. Man darf nicht vergessen: Die EWR/EU-Zuwanderer in das

Schweizer Rheintal mit Arbeitsplatz Liechtenstein sind meist gute Steuerzahler und Mieter. Es gibt also auch Schweizer Interessen an einer ausgewogenen Lösung, die Liechtenstein miteinbezieht.

Welche Alternativen gibt es?

Thomas Zwiefelhofer: Wie gesagt ist die naheliegendste Alternative – nach Ausschöpfung eines allfällig zu engen Kontingents in der Schweiz – die Kombination Wohnort Vorarlberg/Arbeitsort Liechtenstein. Diese Lösung wird aber von der Wirtschaft als weniger attraktiv bewertet. Weitere Themen, die wir ohnehin verstärkt angehen müssen, betreffen die bessere Ausschöpfung unseres eigenen Poten-

zials. Ich denke da an die bessere Integration von Frauen in die Arbeitswelt durch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Vielleicht würde eine Erhöhung des Drucks durch Grenzgängerkontingente Möglichkeiten eröffnen, dass die liechtensteinische Wirtschaft hier noch mehr unternimmt. Und auch die Berufschancen für Arbeitnehmer über 50 in Liechtenstein könnten steigen, wenn andere, bisher einfachere Kanäle sich verengen.

Damit würde aber das Problem kaum zur Gänze gelöst, oder?

Thomas Zwiefelhofer: Nein, vermutlich nicht. Eine radikale Lösung wäre eine Erhöhung der Zu-

wanderungskontingente in Liechtenstein. Dieses Thema ist sehr brisant und politisch umstritten. Die aktuelle Koalitionsvereinbarung lautet wörtlich «Aufrechterhaltung der heute geltenden Regelung bezüglich Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte» und schliesst damit diesen Weg klar aus. Aber wer weiss, was möglich wird, wenn sich die Rahmenbedingungen weiter deutlich verändern. Wichtig in dieser Frage werden auch die Verhandlungsergebnisse zur Frage der Grenzgängerbesteuerung sein. Die Tendenz, dass mit zunehmender Besetzung

Wichtig dabei ist auch die Frage der Grenzgängerbesteuerung.

der liechtensteinischen Arbeitsplätze durch Grenzgänger, die keine oder wenig Quellensteuer bezahlen, auch zunehmend Steuersubstrat ins Ausland verloren geht, muss uns doch auch zu denken geben.

Wie ist ihre persönliche Haltung zu einer Erhöhung der Kontingente in Liechtenstein selbst?

Thomas Zwiefelhofer: Wir sollten zumindest darüber nachdenken und diskutieren. Liechtenstein wird sich vermutlich eines Tages entscheiden müssen, welchen weiteren Weg es gehen will. Das werden ganz schwierige Fragen werden, bei denen es einen engen Einbezug der Bevölkerung braucht. Diese Aufgabe sollten die Parteien, ohne der Versuchung des Populismus zu verfallen, wahrnehmen. Die aktuelle Umfrage der Treuhandkammer in der Bevölkerung stellt übrigens einige provokante Fragen in diesem Zusammenhang. Ich bin auf die Ergebnisse gespannt.

Altregierungschef Walter Kieber gestorben

Fürstlicher Justizrat Dr. Walter Kieber ist am Samstagabend im Alter von 83 Jahren nach längerer Krankheit gestorben. Er war Regierungschef von 1974 bis 1978. Von 1970 bis 1974 sowie von 1978 bis 1980 fungierte Walter Kieber als Regierungschef-Stellvertreter.

GÜNTHER FRITZ

SCHAAN. Fürstlicher Justizrat Dr. Walter Kieber, Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein von 1974 bis 1978, hat sich am Samstagabend nach längerer Krankheit von dieser Welt verabschiedet. Seiner Frau Selma Kieber-Ritter, seinen beiden Kindern, seinen Enkelkindern und allen seinen Anverwandten spricht das «Liechtensteiner Vaterland» die herzlichste Anteilnahme aus. Walter Kieber hat als «Staatsmann von Format», wie ihn die FBP anlässlich seines 80. Geburtstags beschrieb, die Geschichte Liechtensteins gerade in einer Zeit des Aufbruchs stark geprägt. Seine politischen Erinnerungen mit Fokus auf die Sechziger- und Siebzigerjahre hat er in seiner im Jahre 2006 erschienenen Autobiografie «Jahre des Aufbruchs» der Nachwelt vermach.

Durch Krieg alles verloren

Geboren wurde Walter Kieber in Feldkirch, wohin bereits sein Grossvater, Bürger von Schellenberg, 1880 übersiedelte, um Arbeit zu finden. Aufgewachsen ist er in Bregenz, besuchte dort von 1937 bis 1941 die Volksschule und danach bis 1950 das Gymnasium. Durch den Zweiten Weltkrieg hat die Familie Kieber

– sein Vater war Bundesbahnbeamter in Österreich – alles verloren; am 1. Mai 1945 wurden sie total ausgebombt. Im Jahr 1950 begann sein vierjähriges Studium der Rechtswissenschaften in Innsbruck. Er promovierte 1954. Auf Empfehlung eines Richters in Innsbruck konnte er als Rechtsanwalt im Advokaturbüro Ludwig Marxer, Vaduz, heute Marxer und Partner, Rechtsanwälte, eine Stelle antreten.

Da Regierungschef Alexander Frick einen Rechtsberater für die Regierung suchte, nahm er diese Aufgabe an und war von 1959 bis 1965 Leiter des Rechtsdienstes, später von 1965 bis 1970 Leiter des Präsidialbüros und 1969 Generalsekretär der Regierung.

Politisches Engagement

Eine neue Herausforderung wartete auf Walter Kieber im Jahre 1970. Nach 42 Jahren verlor die FBP die Wahlen. Es erfolgte der Rücktritt der alten Regierung und Walter Kieber stand sozusagen im leeren Raum. Ihm wurde nun das Amt als Vizeregierungschef angeboten. So fungierte er von 1970 bis 1974 als Regierungschef-Stellvertreter mit den Ressorts Inneres, Justiz, Sanitätswesen und Verkehr. 1974 gewann die Bürgerpartei wieder die Wah-

len. Walter Kieber wurde zum Regierungschef gewählt mit den Ressorts Präsidium, Äusseres, Finanzen, Justiz, Bauwesen sowie Land- und Forstwirtschaft.

Jahre des Aufbruchs

Seine Jahre als Regierungschef können zu Recht als «Jahre des Aufbruchs» bezeichnet werden, wurden in dieser Zeit doch wesentliche Weichen für die Zukunft gestellt und nachhaltige Reformen durchgeführt. So wurde das liechtensteinische Recht modernisiert, die zivile Eheschliessung sowie nach behutsamen Verhandlungen mit der Kirche und dem Churer Bischof die Möglichkeit der Ehescheidung eingeführt, was bis anhin nicht möglich war. Es erfolgte auch die Reform des Gesellschaftswesens sowie eine Öffnung Liechtensteins durch ein Beitrittsgesuch an den Europarat zur Erlangung der Vollmitgliedschaft, die 1978 nach vielen Hindernissen erfolgte, und eine Revision des Postvertrags mit der Schweiz.

Aussenpolitische Öffnung

Für Walter Kieber war es ein besonderes Erlebnis, 1975 an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki teilzunehmen und

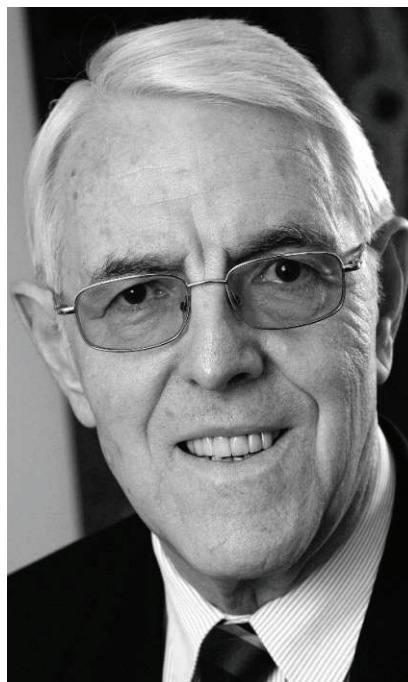


Bild: Archiv

Dr. Walter Kieber war von 1974 bis 1978 Regierungschef.

für einen halben Tag den Vorsitz auszuüben und dem amerikanischen Präsidenten Ford das Wort erteilen zu können. Die Teilnahme an dieser Konferenz war für Liechtenstein zweifellos ein wichtiger aussenpolitischer Schritt, wurde man doch auf das

eigenständige kleine Land aufmerksam.

Erfolgreicher Jurist

Nach der Wahlniederlage der FBP 1978 blieb Walter Kieber in Anbetracht wichtiger anstehender Probleme auf Wunsch von Fürst Franz Josef II. noch als Regierungschef-Stellvertreter in der Regierung. Nachdem er das dem Landesfürsten abgegebene Versprechen, einerseits den Währungsvertrag mit der Schweiz abzuschliessen und andererseits die Reform des Gesellschaftsrechts zu verabschieden, erfüllt hatte, trat er 1980 als Regierungsmitglied zurück.

Für Land und Volk

Walter Kieber war von 1981 bis 1999 Partner im Advokaturbüro Marxer, Vaduz. 1993 war er Mitgründer der Centrum Bank AG, Vaduz, und von 1993 bis 2001 Mitglied des Verwaltungsrats der Centrum Bank AG. 2001 gründete er mit seinem Sohn Daniel Kieber das Advokaturbüro Kieber und Nuener, Rechtsanwälte, Vaduz, für das er noch lange tätig war. Von 1992 bis 1997 hatte er das

Präsidium der Liechtensteinischen Rechtsanwaltskammer inne. Neben seiner Autobiografie veröffentlichte er diverse Publikationen zu juristischen Themen. 1978 wurde der Jubilar zum Fürstlichen Justizrat für Verdienste für Land und Volk von Liechtenstein ernannt. In seinem Buch «Jahre des Aufbruchs» schreibt Walter Kieber, er habe sich in der Politik von einem Prinzip des früheren deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt leiten lassen: «In der Politik hat keine Emotion und keine Leidenschaft Platz, ausser der Leidenschaft zur Vernunft.»

FÜR JEDES PROBLEM
DIE RICHTIGE LÖSUNG.
www.sprengerag.li
Tel. +423 373 24 79



PROMPTER SERVICE
ROLLADEN+BESCHATTUNG